



VDÄA, Jakobikirchhof 9, 20095 Hamburg

Dr. med. Dietrich Jungck

Präsident

An den
Vorsitzenden des Vorstands
des VdAK e.V. /AEV e.V.
Herrn Herbert Rebscher
Frankfurter Str. 84

Jakobikirchhof 9
20095 Hamburg
Tel. 040-330909
Fax 040-335744
E-Mail: jungck.hh@t-online.de

53721 Siegburg

03. Dezember 2001

Schmerztherapie

Sehr geehrter Herr Rebscher,

in Ergänzung zu früheren Schreiben an Ihren Verband übersende ich Ihnen das beiliegende Schreiben vom 1.12. an den Ersten Vorsitzenden der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. Der dort bisher erarbeitete Entwurf zum neuen EBM stellt die Schmerztherapie noch schlechter, als sie bisher schon war.

Deshalb müssen wir Sie dringend bitten, sich energisch für die Aufnahme der notwendigen algesiologischen Leistungen in den EBM einzusetzen. Die bisher unzureichende Verfügbarkeit von qualifizierter Schmerztherapie und die wachsende Zahl von chronischen Schmerzpatienten bedeuten einen dringenden Handlungsbedarf.

Im aktuellen Entwurf des EBM der KBV fehlen solche Leistungen immer noch. Da dieser Entwurf mit den Kassen abgesprochen worden ist, muß davon ausgegangen werden, daß auch diesen nicht an der Verbesserung der Versorgung gelegen ist. So besteht die Gefahr, daß viele Menschen (man geht von 11 Millionen Patienten mit chronischen Schmerzen und über 700.000 mit problematischen chronischen Schmerzkrankheiten aus) weiter unter vermeidbar starken Schmerzen leiden müssen.

Wir fordern Sie nachdrücklich auf, endlich auch von Ihrer Seite energisch auf die rasche Lösung des Problems hinzuwirken. Nach unseren Informationen hat bisher keine Kasse die Einführung der notwendigen schmerztherapeutischen Leistungen gefordert, geschweige denn gegen die bisherige Ausgrenzung protestiert. Alle nehmen offenbar billigend in Kauf, daß Schmerzpatienten die mögliche Linderung vorenthalten wird. So darf es nicht bleiben!

Schmerzpatienten können sich kaum selbst wehren. Sie benötigen alle ihre Energien zur Bewältigung ihres Schicksals. Deshalb sind sie bei der Durchsetzung ihrer Wünsche nach angemessener Versorgung auf Hilfe angewiesen.

Gleichzeitig wenden wir uns auch an den Bundespräsidenten, den Bundesratspräsidenten, den Bundeskanzler, die Gesundheitsministerin und die Fraktionsvorsitzenden mit der Bitte um Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Weitere Anlage: StK, Heft 4/2001
(bitte beachten: Seiten 6 - 9)

Dr. med. Dietrich Jungck

Zum Drucken oder Herunterladen des Dokumentes (PDF-Datei 113kb) bitte [hier](#) klicken!